

Inklusion in Baden-Württemberg – Anspruch und Realität

Was bedeutet Inklusion heute wirklich – und wo stehen wir in Baden-Württemberg?

Die aktuelle Sendung des Südwestrundfunk „Zur Sache Baden-Württemberg“ geht genau dieser Frage nach und beleuchtet eindrücklich die Lebensrealität von Menschen mit Behinderung sowie die Herausforderungen für Familien, Einrichtungen und Kommunen.

Zwischen Fortschritt und Hürden

Der Film zeigt deutlich: Inklusion ist gesellschaftlich gewollt – ihre Umsetzung jedoch oft schwierig. Betroffene berichten von alltäglichen Barrieren, hohem organisatorischem Aufwand und fehlender Unterstützung. Gleichzeitig wird sichtbar, unter welchem Druck Kommunen und Einrichtungen stehen, wenn es um Finanzierung und Strukturen geht.

Eine zentrale Erkenntnis des Beitrags:

Nur ein kleiner Teil der Behinderungen besteht von Geburt an – die meisten entstehen im Laufe des Lebens.

Das macht deutlich: Inklusion ist kein Nischenthema, sondern betrifft uns alle.

Hier können Sie den Beitrag ansehen:

Was im Beitrag fehlt – und worüber wir

sprechen müssen

Der Filmbeitrag zeigt wichtige Aspekte von Inklusion im Alltag. Gleichzeitig wird aber auch deutlich, dass vor allem **gesellschaftlich akzeptierte und vergleichsweise „leichtere“ Formen von Behinderung** sichtbar werden.

Barrieren für blinde Menschen sind unerquicklich. Menschen mit Down-Syndrom werden – wenn man sie kennt – oft geschätzt. Und auch ein Elektrorollstuhl macht Mobilität möglich, wenn die Umgebung passt.

Doch Inklusion darf hier nicht stehen bleiben.

Denn es gibt eine Realität, die im öffentlichen Diskurs nicht vorkommt:

Menschen mit schwersten Beeinträchtigungen – insbesondere mit intensivem Pflege- und Betreuungsbedarf – geraten zunehmend aus dem Blick.

Angehörige berichten von **lebensbedrohlichen Situationen in Pflegeeinrichtungen**, vom Wegfall spezialisierter Einrichtungen (z. B. im Bereich der neurologischen Phase F) und davon, dass Betroffene heute oft nur noch **notdürftig in überlasteten Alten- und Pflegeheimen versorgt werden**.

Das hat mit einer schrittweisen Verbesserung von Inklusion nichts mehr zu tun.

Hier geht es nicht um Teilhabe – hier geht es um **Würde, Versorgungssicherheit und im Extremfall um Leben und Tod**.

Verantwortung darf nicht ausgelagert werden

Natürlich leben wir in einer freien Marktwirtschaft. Niemand kann gezwungen werden, spezialisierte Einrichtungen für neurologisch Erkrankte zu betreiben oder komplexe Versorgungsstrukturen vorzuhalten.

Aber:

Die Politik trägt Verantwortung für die Rahmenbedingungen.

Wenn wirtschaftliche Anreize nahezu ausschließlich in Richtung Außerklinische Intensivpflege (AKI) gesetzt werden, ist es nachvollziehbar, dass sich Anbieter darauf konzentrieren. Doch was bedeutet das für all jene, die nicht in dieses System passen?

Warum entstehen Versorgungslücken gerade dort, wo der Bedarf am größten ist?

Warum verlieren bestimmte Gruppen faktisch ihren Anspruch auf angemessene Versorgung?

Unsere Forderung

Alle Menschen sind Bürgerinnen und Bürger dieses Landes – unabhängig von Art und Schwere ihrer Behinderung.

Deshalb braucht es:

- gezielte **politische Steuerung und Anreize** auch für komplexe Versorgungsbereiche
- den **Erhalt und Wiederaufbau spezialisierter Einrichtungen**
- eine Versorgung, die sich am Bedarf orientiert – nicht an Wirtschaftlichkeit
- eine klare Haltung: **Schwere Behinderung darf nicht zur Versorgungslücke und zu einem unwürdigen Leben werden**

Inklusion bedeutet mehr

Inklusion darf sich nicht daran messen lassen, wie gut sie bei den „einfacheren“ Fällen funktioniert.

Sie zeigt sich dort, wo es extrem schwierig wird.